



Gesine Schulze, Susanne Walz

Alle im Boot? Zur Inklusivität von Beteiligungsverfahren



Die umfangreiche Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie von lokalen Akteuren stellt ein wichtiges Erfolgskriterium für die gelungene Planung und Umsetzung eines Vorhabens bzw. einer Entscheidung dar. Doch lassen sich wirklich alle beteiligen und wie müssen solche Beteiligungsverfahren aussehen? Im „Handbuch zur Partizipation“, das die L.I.S.T. GmbH im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erarbeitet hat, werden die Chancen und Grenzen von Partizipation anhand von Berliner Praxisbeispielen dargestellt. Ein wichtiger Anspruch ist dabei die Inklusivität der Beteiligung – also die tatsächliche Beteiligung und Berücksichtigung aller von einer Planung betroffenen Bevölkerungsgruppen und Interessen. Beteiligungsprozesse sollen dabei auch Differenzen zwischen einzelnen Gruppen, die sich unterschiedlich erfolgreich artikulieren können, ausgleichen und eine Kommunikation auf Augenhöhe ermöglichen.

Ziel der Beteiligung ist es, dass möglichst zahlreiche und vielfältige Aspekte und Interessen Berücksichtigung finden, damit Konfliktpotenziale frühzeitig erkannt, Missverständnisse rechtzeitig aufgeklärt und verschiedene Ansprüche in ein Konzept integriert werden können. Dies stärkt die Legitimation und die Akzeptanz von Planungen und Entscheidungen.

Bürgerbeteiligung ist freiwillig. Die Anzahl der Beteiligten ist schwer beeinflussbar und deren Mischung oft nicht repräsentativ. Eine häufige Beobachtung ist, dass sich an Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Umfragen überwiegend gut gebildete und artikulationsstarke Bürgerinnen und Bürger beteiligen; sozial schlechter gestellte Menschen, Menschen mit Sprachbarrieren und Jugendliche sich jedoch seltener einbringen. So besteht die Gefahr, dass Partikularinteressen sich in Beteiligungsverfahren durchsetzen, wenn Menschen, die besonders artikulationsstark, gut vernetzt und erfahren sind, die Diskussionen dominieren. Daher ist es eine besondere Herausforderung, die Interessen aller Zielgruppen gleichermaßen in einem Verfahren zu integrieren.

Bei der Untersuchung von Berliner Praxisbeispielen im „Handbuch zur Partizipation“ haben wir nach Beispielen gesucht, die sich dieser Frage mit vielversprechenden Ansätzen und Konzepten stellen. Daraus konnten wichtige Erkenntnisse über die erfolgreiche Ansprache von Zielgruppen und den förderlichen Einsatz von Methoden der Beteiligung gewonnen werden, die wir im Folgenden kurz zusammen fassen.

Förderliche Methoden zeichnen sich durch aktive Ansprachewege, lokale Präsenz und große Offenheit gegenüber Ideen aus.

Nicht alle Zielgruppen nehmen „wie von allein“ an einem Beteiligungsverfahren teil. So müssen bei der Ansprache oft besondere Bemühungen unternommen und Zugangshürden möglichst niedrig gestaltet werden. Ein Beispiel für eine sehr offene Methode ist das Charretteverfahren, wie es u.a. im Berliner Schorfheideviertel in Marzahn-Hellerdorf von Gruppe F Landschaftsarchitekten durchgeführt wurde. Eine Charrette findet durchgehend öffentlich und am Ort des Geschehens statt. An mehreren aufeinanderfolgenden Tagen wurde im Schorfheideviertel mit einer Mischung aus zielgruppenspezifischen und ergebnisoffenen Diskussionen über Interessen und Ideen gesprochen. Interessierte konnten jederzeit beobachtend oder aktiv in das Verfahren einsteigen und an den Lösungen mitarbeiten. Am Ende entstand ein gemeinsames Konzept aller Beteiligungsgruppen. Da die Problematiken eines schrumpfenden Stadtviertels und des Rückbaus bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern zunächst eine ablehnende und resignierte Einstellung hervorriefen, war eine besonders aktive und offene Beteiligung hilfreich, um diese bei der Gestaltung einer positiven Entwicklungsperspektive einzubeziehen.

Die aktive Ansprache wurde durch weitere Beteiligungsverfahren wie z.B. Treppenhausgespräche und Stadtpaziergänge ergänzt. Diese waren unverzichtbar, um auch diejenigen zu erreichen, die an angebotenen Informations- und Diskussionsveranstaltungen nicht teilnahmen. Der erste Kontakt erfolgte aufsuchend oder aber über zielgruppenspezifische Aktivitätsangebote. Zuletzt entstand ein kreatives Konzept nach dem Vorbild der Schorfheide mit konkreten Gestaltungsideen: Hügel, Gräser und Kiefern – dazwischen wie Schafe einer Schafherde eingestreute „Multifunktionsboxen“. Für viele Be-



wohner verbesserte sich dadurch auch die Identität mit ihrem Stadtviertel.



Abb. 1: Landschaftsgestaltung im Schorfheideviertel Marzahn (Quelle: L.I.S.T. GmbH)

Die richtige Methode ist oft eine Methodenkombination.

Ein Beteiligungsverfahren beinhaltet häufig ganz unterschiedliche Aspekte, etwa in unterschiedlichen zeitlichen Phasen des Verfahrens. Auch im Hinblick auf die gewünschten Zielgruppen ergeben sich unterschiedliche Ansprüche und Notwendigkeiten, die eine differenzierte Methodenwahl notwendig machen. Ein gutes Beispiel ist die Umgestaltung des Nauener Platzes für Jung und Alt im Berliner Ortsteil Wedding. Die Beteiligung fand hier kontinuierlich von den frühen Anfängen, die auf die Bemühungen einer lokalen Bürgerinitiative zurückgingen, bis hin zur baulichen Umsetzung der Planungen statt. Dabei kamen ganz verschiedene Methoden zum Einsatz: von der kontinuierlichen Information und Öffentlichkeitsarbeit, kreative und offene Methoden zur Ideenentwicklung, Methoden der Aushandlung mit dem Ziel eines konkretisierten und anerkannten Planes bis hin zur Einbindung von Jugendlichen bei der Umsetzung kleinerer baulicher Maßnahmen.

Darüber hinaus wurden in den verschiedenen Phasen auch unterschiedliche Methoden für getrennte Ansprachen der verschiedenen Zielgruppen eingesetzt. Familien konnten gut durch Feste erreicht werden, Jugendliche über Zukunftswerkstätten. Für Kinder gab es eine Fantasiereise. Für Senioren und Kinder gleichermaßen gut funktionierte ein eigens für den Platz entwickeltes Brettspiel. Andere Methoden wiederum sprachen alle Zielgruppen an: Baustellenbegehungen sowie ein Lichtversuch, bei dem Möglichkeiten der Beleuchtung des Platzes getestet wurden; Soundwalks, um die Verlärmung des Platzes in die Planungen einzubeziehen. Viele Methoden waren durch einen hohen Grad an Kreativität und Offenheit gekennzeichnet – sie machten auf ganz unterschiedliche Weise neugierig und vermittelten Spaß am Thema.

Durch den sehr differenzierten und vielfältigen Einsatz unterschiedlichster Methoden konnte die Vielfalt der möglichen

Nutzungsgruppen des Platzes integriert werden: Senioren, Familien, Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. In den Raumnutzungswerkstätten wurden die Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Gruppen auf dem Platz bearbeitet und ein gemeinsames Raumkonzept entwickelt.

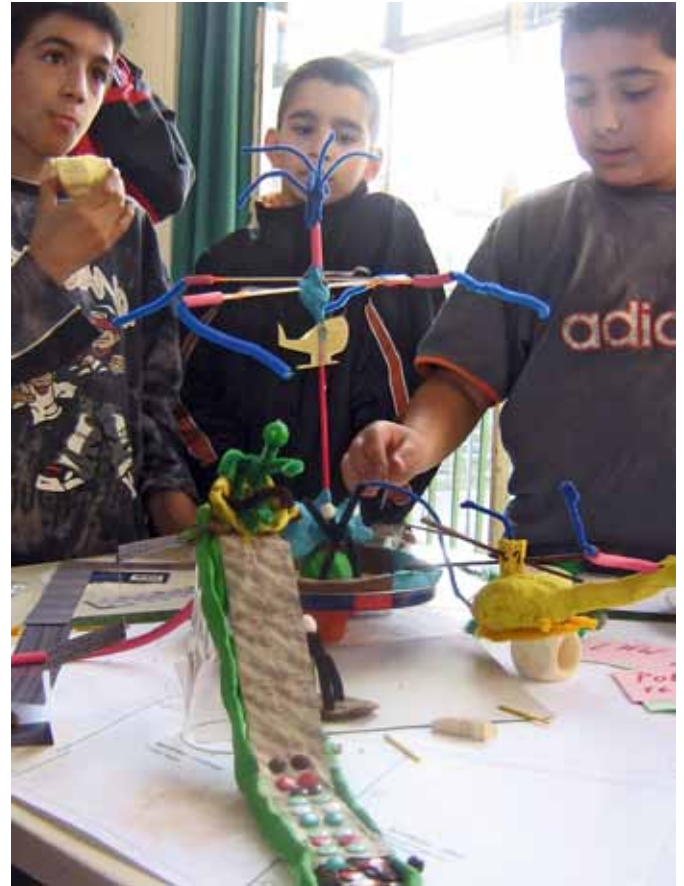


Abb. 2: Umgestaltung des Nauener Platzes in Berlin-Wedding für Alt und Jung (Quelle: L.I.S.T. GmbH)

Beteiligungsangebote sollten sich an den Bedürfnissen und Lebensumständen der Menschen orientieren, die erreicht werden sollen.

Beteiligungsangebote sollen dort angeboten werden, wo Menschen sich in ihrem Alltag aufhalten. Die Ansprache kann über Multiplikatoren, Organisationen und Einrichtungen gezielt erfolgen. Im „Handbuch zur Partizipation“ wurde das Beispiel des Bürgerhaushaltes im Berliner Bezirk Lichtenberg untersucht. Der Bezirkshaushalt stellt allgemein ein schwer zugängliches Beteiligungsthema dar. Es verlangt von den Beteiligten ein Grundverständnis des Bezirkshaushaltes, die Themen wirken zunächst abstrakt und die Mitbestimmungsmöglichkeiten sind begrenzt. In Lichtenberg wurde diese Problematik erkannt und mit einigen Verfahrensanpassungen reagiert. Dazu gehörte, die Beteiligung auf dreizehn lebensweltlich orientierte Teilräume herunterzubrechen. Vor Ort wurde die Beteiligung durch lokale Einrichtungen, wie Nachbarschaftszentren, unterstützt. Ziel war die Erarbeitung lokaler Vorschläge aus dem direkten Umfeld der Bürger. Hierdurch



entstand eine stärkere Betroffenheit und damit auch ein greifbareres Interesse. Die Kooperation mit lokalen Einrichtungen erleichterte gleichzeitig den Zugang zur Bewohnerschaft, da auf vorhandene Netzwerke zurückgegriffen wurde.



Abb. 3: Eröffnung des neu gestalteten Nauener Platzes in Berlin-Wedding (Quelle: L.I.S.T. GmbH)

Neben klassischen Bewohnerversammlungen wurden ergänzende Angebote gemacht, um die Zugangsmöglichkeiten bewusst niedrig und vielfältig zu gestalten: kleinteilige Miniveranstaltungen fanden bereits im Vorfeld und auf bestimmte Zielgruppen abgestimmt statt: z.B. in Jugendfreizeit- und Seniorenbegegnungsstätten. Auch im Internet oder schriftlich konnten Vorschläge eingebracht und bewertet werden. Am Votierungstag, als alle gesammelten Vorschläge bewertet wurden, machten ganztägige Angebote (z.B. Stände im öffentlichen Raum), die über den Stadtteil verteilt waren, auf die Beteiligungsmöglichkeit aufmerksam. Zusätzlich wurden jährlich 25.000 per Zufall ausgewählte Haushalte persönlich angeschrieben und zur Beteiligung eingeladen.

Beim Bürgerhaushalt Lichtenberg wurden sehr differenzierte und vielfältige Anlässe geschaffen, um eine hohe Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen. Das Verfahren wurde jährlich evaluiert und angepasst. Im Ergebnis konnte die Zahl der beteiligten Bürger zwischen 2005 und 2010 auf 8.000 Teilnehmende verdoppelt werden. Dabei konnte auch eine zufriedenstellende Beteiligung von eher schwer zugänglichen Gruppen, wie beispielsweise Jugendlichen und Bewohnern mit migrantischem Hintergrund, erreicht werden.

Die verwendete Sprache sollte an die Zielgruppe angepasst sein, wobei auch verschiedene Hintergründe und kulturelle Besonderheiten berücksichtigt werden müssen.

Verschiedene Zielgruppen haben verschiedene Ansprüche – die zeigen sich zum einen in der Sprache, aber auch in deren Selbstverständnis und Identität. Auf derartige Besonderheiten muss im Verfahren eingegangen werden. Es gilt hier die Sprachformen der verschiedenen Altersgruppen, von

Menschen nichtdeutscher Muttersprache und von Menschen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus zu berücksichtigen. Sprachliche Hürden sind ein häufiger Grund dafür, dass Zielgruppen an Beteiligungsverfahren nicht teilnehmen.

Im „Handbuch zur Partizipation“ stellen wir unterschiedliche Ansätze vor, um mit diesem Problem umzugehen: Materialien der Öffentlichkeitsarbeit sollten unbedingt die Sprache der Zielgruppen verwenden – so sieht ein Plakat, das Jugendliche ansprechen soll, ganz anders aus, als eines, das sich an Mütter und Väter richtet. Für Menschen nichtdeutscher Muttersprache können Informationsmaterialien auch ganz oder teilweise in die jeweilige Landessprache übersetzt werden. Dadurch wird betont, dass sie im Verfahren willkommen sind.

Nicht nur die Sprache an sich, auch die Ausdrucksweise sollte angepasst werden. Bestimmte Kommunikationsformen wirken ausgrenzend. Ziel muss immer die Kommunikation auf Augenhöhe sein. Hilfreich ist die Unterstützung durch Menschen aus den Bereichen Sozialarbeit oder Streetwork und Multiplikatoren, die den Zugang zu speziellen Zielgruppen übernehmen, „übersetzen“ und vermitteln. Die Beispiele im „Handbuch zur Partizipation“ zeigen, dass Sprache eine wichtige Zugangsbedingung für viele Zielgruppen ist.

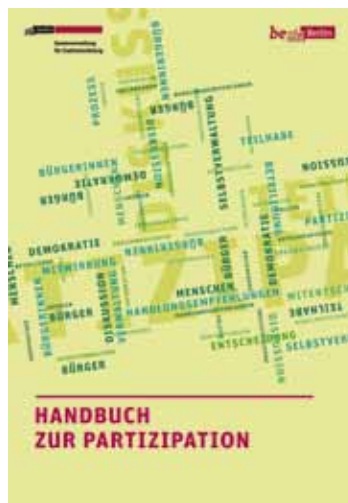


Abb. 4: Handbuch zur Partizipation der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Fazit

Wenngleich Beteiligung häufig zuerst die „üblichen Verdächtigen“ anspricht, gibt es verschiedene Möglichkeiten, um auf eine Mischung und Vielfalt der Beteiligten Einfluss zu nehmen. Zu den wichtigsten zählen eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, die aktive und aufsuchende Ansprache, die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren und eine attraktive und sinnvolle Methodenauswahl. Die im „Handbuch zur Partizipation“ untersuchten Beispiele machen deutlich, dass so auch schwerere erreichbare Zielgruppen und deren Interessen in Beteiligungsverfahren integriert werden können.

Gleichzeitig muss aber auch der Anspruch an Inklusivität überdacht werden: tatsächlich alle anzusprechen und zu integrieren ist wohl auch im gelungensten Verfahren nicht möglich.



Wie anfangs erwähnt, bleibt Beteiligung für die Teilnehmenden freiwillig. Menschen haben eigene Vorstellungen davon, wann und wie intensiv sie beteiligt werden möchten – einige fühlen sich durch Information bereits gut in einem Verfahren mitgenommen, auch ohne aktiv eigene Ideen einzubringen. Andere wiederum fühlen sich vielleicht tatsächlich nicht betroffen. Einigen reicht es aus, ihre Ideen und Wünsche mitzuteilen, andere wollen im Prozess so lange teilnehmen, bis der Kompromiss gefunden ist. In einem guten Beteiligungsverfahren besteht hier die Kunst, das Ergebnis so zu gestalten, dass sich sowohl die Wunschgeber als auch die intensiven Diskutanten wiederfinden.

Nicht die Quantität der Beteiligten an Workshops oder Abschlussveranstaltungen, sondern die Zufriedenheit aller mit dem Ergebnis stellt den Erfolg eines Beteiligungsverfahrens dar. Die ermittelten Ergebnisse einer Beteiligung sind nur ein möglicher Maßstab für deren Erfolg – daneben steht die Qualität der Ergebnisse: die Kreativität und Umsetzbarkeit der Ide-

en, die entstandene Kommunikation, die gestärkte Identität mit dem Wohnquartier, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, oder der von den Teilnehmenden gemeinsam getragene gute Kompromiss.

Susanne Walz

Geschäftsführerin L.I.S.T. GmbH,
Stadtentwicklungsgesellschaft, Berlin

Gesine Schulze

Projektmitarbeiterin L.I.S.T. GmbH, Berlin

Susanne Walz und Gesine Schulze sind Mitautorinnen des „Handbuchs zur Partizipation“ im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin. Das Handbuch ist online verfügbar unter:

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf

Fachtagung an der Fachhochschule Erfurt

Wohnen in Vielfalt – die Generation 50plus

Konzepte, Beispiele, Anforderungen für Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft

Donnerstag, 8. März 2012, in Erfurt

Bestehende Wohnformen sind häufig nicht ausreichend an die sich zukünftig weiter ausdifferenzierende Gruppe älterer Menschen angepasst. Zur nachhaltigen alters- und generationsgerechten Quartiersentwicklung müssen sich Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung auf die unterschiedlichen Anforderungen der Älteren einstellen.

Die Fachtagung „Wohnen in Vielfalt – die Generation 50plus. Konzepte, Beispiele, Anforderungen für Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft“ wird im Rahmen der BMBF-Projekte

„Wohnen im Alter im Kontext der Stadtentwicklung (WASta)“ und „Wohnen in Plattenbausiedlungen. Wohnqualität bei niedrigen Kosten – Konzepte, Strategien und Handlungsansätze auf dem Prüfstand (WiP)“ durchgeführt.

Ziele der Veranstaltung:

- Fach- und Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren der Wohnungswirtschaft, Stadtentwicklung und Wissenschaft
- Diskussion über Projekte, Konzepte, Rahmenbedingungen und wissenschaftliche Ergebnisse zum Wohnen im Alter

Adressaten der Veranstaltung:

Die Veranstaltung richtet sich an Vertreter aus der Praxis der Stadtentwicklung, aus Wohnungswirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft.

Veranstaltungsort :

Donnerstag, 8. März 2012, Erfurt

Fachhochschule Erfurt

Beginn: 09.30 Uhr, **Ende:** 17.00 Uhr

Teilnahmegebühr:

60,00 Euro

Anmeldung und weitere Informationen:

Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt (ISP)

Julia Gädker, Tel. (0361) 6700 374, Fax (0361) 6700 373

E-Mail: isp@fh-erfurt.de

<http://www.fh-erfurt.de/fhe/isp/>

